

Schlachthöfe

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz unter der Leitung seines Vorsitzenden Heinrich Kruse (CDU) hat sich auf Bitten der CDU-Fraktion mit Schlachthofüberkapazitäten beschäftigt. Der SPD-Abgeordnete Horst Steinkühler kritisierte, in den neuen Bundesländern finde man die neuen Schlachthöfe entsprechend den Vorschriften und Richtlinien. Sie würden am Leben gehalten. Die anderen insbesondere kleinere Schlachthöfe in den alten Bundesländern gingen kaputt. Da würden doch alle Anstrengungen zur Verkürzung von Tiertransporten ad absurdum geführt. Alles gehe nach Osten. Staatssekretär Dr. Thomas Griese vom Landwirtschaftsministerium stimmte dem zu, es wäre ein Irrwitz, wenn man im Westen Schlachthofkapazitäten schließen wolle, um dann lange Tiertransporte in Kauf zu nehmen und gleichzeitig den Verlust von Arbeitsplätzen zu beklagen. Die Marschrichtung der alten Bundesländer sei klar: Man werde keiner Entwicklung Vorschub leisten, die speziell die Schließung kleiner und mittlerer Schlachtbetriebe fördere. Siegfried Martsch (GRÜNE) befand, ein Aus der kleineren Schlachthöfe würde die Politik der Landesregierung, regionale Wirtschaft zu fördern, vollkommen konterkarieren. Ausschußvorsitzender Kruse erinnerte daran, das Verbraucherverhalten habe sich gravierend geändert. Manche kleinen und mittleren Unternehmen hätten gerade davon profitiert, daß ihr Produkt aus der großen Masse herausgenommen werde. Sogar ganze Ladenketten interessierten sich dafür, woher das Fleisch komme.

★

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Peter Krug, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 9. Mai, um 9.15 Uhr im Raum E3 Z 04 des Landtagsgebäudes statt.

★

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: *56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Offen, handfest und deftig, so charakterisiert Ilse Brusis den typischen Ruhrgebietler. Und so würde sich die 1937 in Wattenscheid geborene Abgeordnete und Ministerin auch selbst beschreiben. Bis auf die Kriegszeit, wo es bei der Oma im Siegerland sicherer war, lebte sie fast durchgehend in Wattenscheid und Bochum. Ihrem mehr preußisch als westfälisch ausgeprägten Pflichtgefühl ist es zuzuschreiben, daß sie im vergangenen Jahr nach Dortmund zog, weil sie dort von der SPD einen Wahlkreis erhielt.

Ilse Brusis ist gelernte Lehrerin. Konrektorin, Schulleiterin, stellvertretende Leiterin und Chefin eines Dortmunder Bezirksseminars für Grund- und Hauptschule waren berufliche Stationen. Gegen die Schulmisere Ende der 60er Jahre – 62 Schüler in der Klasse und 30 Stunden in der Woche als Berufsanfängerin – engagierte sie sich bei der Lehrgewerkschaft GEW. Weil Ilse Brusis jedoch schon damals wirkliche Veränderungen nur durch Parteien für möglich hielt, trat sie bereits 1969 in die SPD ein.

Nach zwei Jahren Schulrätin wurde sie 1977 zur NRW-Vorsitzenden der GEW gewählt. Doch bald geriet sie in einen erbitterten Clinch mit den Linken innerhalb der GEW. Zeitverträge, Zweidrittel-Stellen, all das bot für die eher pragmatische Vorsitzende Auswege aus der zunehmenden Lehrerarbeitslosigkeit. Doch bei der GEW-Mehrheit stieß solche Verhandlungsangebote an den damaligen Kultusminister Girgensohn auf harsche Kritik. Ilse Brusis behauptete öffentlich, ihre Gewerkschaft sei von DKP-Sympathisanten unterwandert. Die Konflikte zwischen den „Linken Dogmatikern“ und der „Rechten Sozialdemokratin“ eskalierten. Die GEW-Basis verhinderte die Wahl von Ilse Brusis zur stellvertretenden GEW-Bundesvorsitzenden und wählte sie 1981 als Landesvorsitzende ab.

Doch die erzwungene Rückkehr in den Schuldienst währte nur ein halbes Jahr. Nicht zuletzt auf Betreiben von Johannes Rau wurde sie, trotz des erklärten Widerstandes linker Gewerkschafter, im Sommer 1982 in den geschäftsführenden DGB-Bundesausschuss gewählt, wenn auch mit für Gewerkschaftsverhältnisse bescheidenen 75 Prozent der Stimmen. Hier kümmerte sie sich vor allem um Weiterbildungsangebote für Gewerkschaftsfunktionäre und versuchte gegen den Mitgliederschwund vor allem unter Jugendlichen anzukämpfen.

Als sie 1987 auch noch zur Vorsitzenden der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler Stiftung gewählt wurde, schien die Funktionärsarbeit in der Gewerkschaft bis zur Pensionierung programmiert. Doch dann kam am Rande eines Gewerkschaftskongresses 1990 der Anruf von Johannes Rau, verbunden mit der Bitte, Mitglied seines Kabinetts zu werden. Rau kannte Ilse Brusis schon aus seiner Zeit als Wissenschaftsminister, schätzte sie als zuverlässig und loyal, auch im SPD-Bundesausschuss, dem Ilse Brusis seit 1984 angehört. Völlig überraschend für die Öffentlichkeit wie für sie selbst wurde Ilse Brusis 1990 Ministerin für Bauen und Wohnen in Nordrhein-Westfalen. Durch viele Gespräche, große Wißbegierde und zähes Aktenstudium gewann sie rasch Fachkompetenz und allge-



Ilse Brusis (SPD)

meine Anerkennung. Als besondere Erfolge ihrer fünfjährigen Amtszeit sieht sie den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus über das geplante Soll hinaus. Die Wohnungsnot insgesamt konnte sie zwar nicht beheben. Doch es gelang ihr, sich als sozialpolitischer Garant für öffentlichen Wohnungsbau vor allem gegenüber Irmgard Schwaetzer, ihrer Kollegin in der Bundesregierung, zu profilieren. Nicht zuletzt deshalb berief sie Rudolf Scharping vor der Bundestagswahl 1994 in sein Regierungsteam. Für Nordrhein-Westfalen schreibt sich Ilse Brusis die Zusammenlegung von Finanzbauverwaltung und staatlichen Hochbauämtern, an der sich so mancher Vorgänger die Zähne ausgebissen hatte, sowie eine neue Landesbauordnung mit besonderem Stolz auf ihre Fahnen.

Bedingt durch den Einzug der Grünen in die Landesregierung übernahm Ilse Brusis im vergangenen Jahr die Leitung des neugeschaffenen Ministeriums für Stadtentwicklung, Kultur und Sport. Die Lebenssituation der Menschen vor Ort zu verbessern, dies soll das neue Ministerium leisten. Das Überleben des reichen kulturellen Angebots in Nordrhein-Westfalen gerade angesichts der leeren Kassen ist für Ilse Brusis eine herausragende Aufgabe dieser Legislaturperiode. Und die breite Kulturlandschaft genießt die zuständige Ministerin auch persönlich mit Freuden. Vernissagen, Musikaufführungen und Museumseröffnungen werden zu vergnüglichen Terminen, dabei hat die Ministerin ihre besondere Vorliebe fürs Tanztheater entdeckt. Als Sozialpolitikerin will sie dabei sicherstellen, daß die Kultur wie im übrigen auch der Sport nicht nur Angebote für Reiche vorsieht.

Bei der Aufgabenfülle in Partei und Landesregierung bleibt für die reine Abgeordnetenarbeit nur wenig Zeit. Doch für die Sozialdemokratin alten Schlages wollte sie sich nach fünf Jahren in der Regierung auch zur Wahl stellen. Weitergehende Karriereabsichten hat sie nicht, das gibt ihr ein Stück Gelassenheit und Unabhängigkeit. Doch einen privaten Traum möchte sie bald verwirklichen: Nach vielen Urlauben an der deutschen Nord- und Ostsee in den vergangenen Jahren eine Abenteuerreise nach Alaska.

Richard Hofer

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen)